

ALG

ALTERNATIVE LISTE GRAZ

Stop dem Smog!

Stadtbahn statt Autowahn!

Fernwärme statt Abwärme!

Arbeitsplätze statt Abfangjäger!

Müll vermeiden statt exportieren!

Die Region stärken statt ausverkaufen!

Grundwasser sanieren statt importieren!

Halbieren statt Einfrieren der Politikerbezüge!

Solidarität und Gerechtigkeit statt Armut und Bettelprozedur!

GRÜN STATT GRAU!

Farbe bekennen!

ALG

LISTE 5

ALG-KURZPROGRAMM

GRÜN STATT GRAU!

Vor 6 Jahren ist umwelt- und sozialengagierten Grazerinnen und Grazern klar geworden, daß es nicht mehr genügt, in Form von Bürgerinitiativen für die Erhaltung von Parks und Alleen zu kämpfen, wenn gleichzeitig durch eine verfehlte Energie- und Verkehrspolitik der gesamte Wald ruiniert wird.

Deshalb haben sie unter dem Motto: »Jetzt mischen wir uns ein« bei den Gemeinderatswahlen 1983 kandidiert. Bekanntlich haben 11.000 Grazer und Grazerinnen mit ihrer Stimme 4 ALG-Kandidat/innen das Mandat gegeben.

Dieses Kurzprogramm beinhaltet unsere Kritik, verbunden mit Gegenvorschlägen zu den Bereichen: **Luft, Verkehr, Energie, Müll, Wasser und Boden, Mur, Wohnen, Stadterneuerung, Wirtschaft, Abfänger, Soziales, Privilegien, Gleichberechtigung, Kultur und Tierrechte.**

Vieles wurde erreicht:

Ein »Umdenken« in lebenswichtigen Fragen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Gemeinderat; Vorbildliche Konzepte u. Beschlüsse konnten durchgesetzt werden.

Doch bei der Verwirklichung dieser Beschlüsse versagen die dafür zuständigen Bürgermeister u. Stadträte.

Allzuoft geht die Politik dieser Stadtssenats-Logenbrüder auch noch dazu in die falsche Richtung.

Es gibt also noch viel zu tun!

Stop dem Smog!

Regelmäßig mit dem Winterbeginn kommt der Dauerschnupfen und Husten wieder. Kein Wunder, wo doch der Zusammenhang zwischen chronischen Atemwegserkrankungen und Luftverschmutzung längst erwiesen ist. Nur die für die Grazer Luftmisere verantwortlichen **Stadtpolitiker** (Smog-Vorwarnung bei jeder kritischen Wetterlage!) bleiben stur und verschweigen folgende **Tatsachen:**

2/3 aller Grazer atmen Luft, die krank macht!

Das steirische »Luftreinhalte«gesetz stuft einen Großteil unserer Wohngebiete als Industriezone (schwer belastete Zone II = sog. Zone III) ein, in der die Schadstoffkonzentration besonders hoch sein darf!

Das Grazer Zentrum ist die Giftküche Nummer 1! Landeshygieniker Prof. Möse hat es in einer Untersuchung bestätigt: Die Auswirkungen der Luftverschmutzung im Grazer Zentrum liegen landesweit an der Spitze und haben in den letzten Jahren zugenommen!

Die Hauptverursacher der täglichen Luftmisere:

- Der Autoverkehr, der die ganze Stadt bis in die letzten Winkel heimsucht.
- Großbetriebe, wie die Gratkorner Leykam.
- Kalorische Kraftwerke, vor allem das STEWEAG-Kraftwerk in der Grazer Puchstraße.

Wir fordern:

- **Ausweitung der Messungen auf die wichtigsten Luftschadstoffe**, wie z.B. Stickoxide, Kohlenmonoxid, Blei und krebserregende Stoffe.
- **Drastische Herabsetzung der Grenzwerte für diese Schadstoffe**, die sich an den Risikogruppen (Kinder, kranke und alte Menschen) orientieren müssen.
- **Rasche Warnung der Bevölkerung bei Erreichen der jeweiligen Grenzwerte und Sofortmaßnahmen gegen Großverschmutzer.**
- **Großflächige Verkehrsberuhigung und Ausbau der Straßenbahn zur Grazer Stadtbahn**, um den Autoverkehr zu reduzieren.
- **Schneller Ausbau des Fernwärmenetzes und Senkung der Anschlußkosten.** Sofortige Umrüstung der Großbetriebe, wie z.B. Maschinenfabrik Andritz, Waagner-Biro, Landeskrankenhäuser.
- **Umweltfreundlicher Betrieb oder Stilllegung des Kraftwerkes Puchstraße**, d.h. nur Gasbetrieb und Einbau von Entstickungsanlagen.



Stadtbahn statt Autowahn!

Graz erstickt im (Auto-)Verkehr: 25.000 t Kohlenmonoxyd, 11.000 t Blei sowie viele weitere Schadstoffe sind die jährlichen Folgen — und vor allem: 6.000 Verletzte und 25 Tote ...

Die immer schlimmer werdende Verkehrsmisere ist ein weiterer Beweis für die **Unfähigkeit der zuständigen Ressortleiter Edegger (ÖVP) und Weinmeister (FPÖ)**

Jetzt vor der Wahl wird wieder einmal versprochen, was schon vor 10 Jahren (!) angekündigt wurde: Die Verringerung des Autoverkehrs. Gleichzeitig sollen aber **noch mehr Stadtautobahnen** gebaut werden: **Nordspange**, innerer und äußerer **Südgürtel**, **Ostgürtel** ...

Statt für stadtzerstörende Gürtelstraßenprojekte will die **ALG** die offensichtlich vorhandenen Milliarden für den Ausbau der **Straßenbahn zur Grazer Stadtbahn** ausgeben! Dieses Konzept be-

inhaltet u.a. die **Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof** zum raschen und bequemen Umsteigen von Bahn und Bus in die Straßenbahn, die **Verlängerung bestehender Linien** sowie **Ringlinien** zur optimalen An- und Verbindung der Bezirke. So kann zusammen mit anderen Maßnahmen der Autoverkehr halbiert werden, insbesondere durch:

- **Flächendeckende Verkehrsberuhigung** überall, d.h. Tempo 30 und eine entsprechende Straßengestaltung unter Beteiligung der Bürger.
- **Park and Ride** in den Randbezirken für Pendler, **reservierte Bewohnerparkplätze** in den inneren Bezirken anstatt Innenstadtparkgaragen (z.B. im Schloßberg)
- **Fertigstellen des Radwegenetzes** (ca. 200 km) in den nächsten 5 Jahren,
- **Gehsteigerrichtung und Schulwegsicherung** vor allem in den benachteiligten Bezirken.

Fernwärme statt Abwärme!

In der näheren Umgebung von Graz wird weit mehr Abwärme produziert als die Stadt zur Fernwärmeversorgung aller Haushalte benötigt! Diese gigantische Verschwendung von Rohstoffen führt gleichzeitig zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Umwelt, indem das ÖDK-Kraftwerk Voitsberg III die Luft und das Kraftwerk Mellach die Mur aufheizt.

Zusammen mit anderen Umweltinitiativen hat die Alternative Liste Graz rechtzeitig vor der Überdimensionierung dieser hauptsächlich Strom produzierenden Kraftwerke gewarnt; jetzt aber gilt es, unter den gegebenen Bedingungen das optimale Ziel zu erreichen u. dieses lautet eindeutig:

Soviel und so rasch wie möglich Abwärme als Fernwärme für Städtische Haushalte und Betriebe zu verwenden.

Die jetzigen Investitionen der Stadtwerke sind bei weitem nicht ausreichend und die »Anstrengungen« des zuständigen SP-Stadtrates Gartler halbherzig: Denn solange die Stadtwerke AG und andere Elektroversorgungsunternehmen die Ener-

giesünde Nr. 1, nämlich Stromheizungen, sogar in sogenannten »Fernwärmevorranggebieten« auf Kosten der Allgemeinheit billig anschließen, bleibt die wirkungsvolle Energieeinsparung ein Schlagwort in Sonntagsreden.

Gipfel dieser bis vor kurzem üblichen Praxis:

Stromheizungen von den Stadtwerken in Häusern der Stadt, wo die Stadt den Anschluß von Stromheizungen untersagt hatte!

Damit eine **rasche Absatzsteigerung der Fernwärme** und ein Zurückdrängen der Strom-, Gas-, Kohle- u. Ölheizungen möglich wird, will die ALG:

- Kostensenkung für Fernwärme bei Anschluß- u. Arbeitstarifen
- Sofortigen Anschluß der Grazer Großbetriebe und Großsiedlungen, z.B. Maschinenfabrik Andritz, Wagner-Biro, Landeskrankenhaus, Landessonderkrankenhaus, Siedlung Berliner Ring, BUWOG-Siedlung Carnerigasse und Göstingerstraße u.a.
- Wärmedämmung bei städteigenen Gebäuden.

Müll vermeiden statt exportieren!

Graz produziert ca. 100.000 t Müll und Klärschlamm pro Jahr. Für die Beseitigung dieser Abfallmenge **hat die Stadt Graz, allen voran Bgm. Stöckl, die Verantwortung auf die VÖEST abgehoben:**

Die VÖEST sortiert diese Abfallmenge in Rohkompost, Brennstoff und Restmüll, um anschließend das Ganze zwischen Karlschacht, Amstetten und Ungarn zu vergraben. Für diese »Leistung« legen die Grazer Steuerzahler 70 Millionen anstatt der ursprünglich vereinbarten 50 Millionen hin, obwohl die VÖEST bis heute keine brauchbare Abrechnung vorweisen konnte.

Die nächste Gebührenerhöhung kommt bestimmt — nach der Wahl, versteht sich!

Um die Müllmenge und damit die Gebühren in den nächsten Jahren zu halbieren will die ALG diese Mittel zur **flächendeckenden Mülltrennung** in Graz verwenden:

- Sortierung des Mülls bereits im Haushalt
- Müllberater in jedem Bezirk
- Regelmäßige Sondermüllentsorgungsmöglichkeiten an leicht erreichbaren Standorten.
- Pfandsysteme anstatt teure Verpackungen, um die Müllmenge von der Produktion her zu verringern.

Grundwasser sanieren statt importieren!

Nicht nur die Mur, auch das Grundwasser und der Boden im Raum Graz sind vergiftet. Industrieabwässer (z.B. Chrom, Per, Laugen ...), die Mülldeponie Köglerweg und die industrielle Landwirtschaft haben seit Jahrzehnten das Ihre dazu getan.

SPÖ-, ÖVP- u. FPÖ-Politiker haben nicht nur zugeschaut, sondern auch wissenschaftlich solche Vergiftungen organisiert (Köglerweg-Deponie).

Statt durch peinlich genaue Industrie-Kläranlagen das Grazer Feld wieder zu entgiften, resignieren die (un-)verantwortlichen Herren und wol-

len Wasser von der Taigitsch (West-Stmk.) und vom Hochschwab nach Graz leiten, um das nitrat-haltige Wasser aufzubessern.

Die ALG tritt nach wie vor dafür ein, daß

- die Sanierung des Grazer Grundwassers und Bodens raschest begonnen wird, und
- durch getrennte Wasserkreisläufe für Trink- und für Brauchwasser (Industrie...) und andere Wassersparmaßnahmen, Graz auch ohne das umwelt-bedenkliche Anzapfen der letzten Wasserreserven eine ökologische Wasserwirtschaft betreibt.

Saubere Mur statt schmutziger Geschäfte!

Seit vielen Jahren erlebt Graz ein Feuerwerk an Versprechungen und ungezählte Gipfel, die uns eine saubere und grüne Mur ankündigen. Inzwischen ist die Mur in einem Zustand, daß sie auch nach Inbetriebnahme und (hoffentlich) Funktionalisieren der angekündigten Kläranlagen vergiftet bleibt. Die Mur ist eben ein »Industriefluß«, sagt man uns. Was ist passiert:

Mit Milliardenförderungen, die für den Umweltschutz (Wasserwirtschaftsfonds) vorgesehen waren, wurden schlicht und einfach alte Fabriken durch neue ersetzt und vor allem die Kapazitäten um ein Vielfaches erhöht. So gesehen wäre der Kauf eines »modernen« Straßenkreuzers anstelle eines alten Kleinwagens ebenfalls als Umweltgroßtat zu fördern. Des Rätsels Lösung: Im Wasserwirtschaftsfonds sitzen dieselben Politiker, die auch Miteigentümer der Förderungswerber (z.B. Werk Pöls) und vor allem Defizitabdecker vom Dienst sind. Die neuen Verfahren haben v.a. eine Umstellung von organischer (sichtbare, stinkende) Verschmutzung auf anorganische (chemisch, geruchlos, nicht sichtbar). Die Folgen: Die Grazer Großbrunnen Andritz und Feldkirchen sind nicht mehr voll einsetzbar. Neue Wasservorkommen müssen mit riesigen Investitionen von Hochschwab und Koralm nach Graz geleitet werden. Die Rechnung bezahlen die Grazer und nicht die verursachende Zellstoffindustrie, da Graz bis heute keinen Schadenersatz beansprucht hat.

Die ALG setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- Trinkwassersparen durch getrennte Brauchwasserleitungen für industrielle Großverbraucher;
- Förderung von wassersparenden Geräten im Haushalt;
- Durchsetzung des Verursacherprinzips und Haftbarmachung der Verursacher, z.B. CA f. d. Verschmutzung der Mur durch Leykam-Gratkorn;
- Einbeziehung der Folgekosten: Die Vermeidung und Beseitigung v. Umweltbelastungen müssen in der Kostenrechnung der Unternehmer aufscheinen.
- Differenzierung bei den Kanalgebühren zwischen Großverschmutzern in Gewerbe und Industrie und Haushalten.



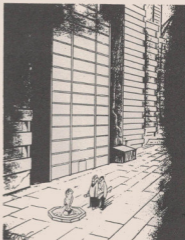
Sozialer Wohnbau statt Delogierung!

Wohnen in Graz ist für junge Menschen, für Familien und Personen mit niedrigem Einkommen unerschwinglich. 10.000 Wohnungen und über 450 Häuser stehen leer!

Die Wohnbauförderung nimmt auf diese Umstände keine Rücksicht. Noch immer haben auch bestens verdienende Personen Recht auf eine durch den Staat geförderte Eigentumswohnung. Dagegen sind schlechter Verdienende nicht einmal in der Lage, Eigenmittel, Grund- und Aufschließungskosten aufzubringen und später Betriebskosten, Darlehensrückzahlungen zu begleichen. Da helfen auch die Wohnbauhilfen wenig.

Die ALG fordert:

- Umkehr vom »geförderten« Wohnbau zum Sozialen Wohnbau durch Vergaberichtlinien, die mehr auf die Bewohner ausgerichtet sind, als auf die Projekte; **Subjekt- statt Objektförderung!** Senkung und Staffelung der Einkommens(ober)grenzen.
- Kauf bzw. Anmietung leerstehender Wohnhäuser, Instandsetzung, Renovierung und Vermietung an Familien und Personen mit niedrigem Einkommen.
- Umkehr vom Eigentumswohnungsbau zum kommunalen Wohnungsbau.
- Wirksame und umfassende Miet- und Betriebskostenzuschüsse.



„...und dann hab ich mir gesagt,
du mußt dem Ganzen eine menschliche Note geben...“

Gegen denkmalgeschützte Kulturlosigkeit!

Die Stadterneuerung ist in aller Munde. Beim Reden sind alle fix. Beim Handeln merkt man aber Dilettantismus und chaotisches Agieren der Einheitspartei:

Statt einer Projektgruppe Stadterneuerung gibt es eine Vielzahl von Ämtern und Abteilungen, die nebeneinander, ineffektiv und wirkungslos arbeiten. Die Ausgaben für Stadterneuerungsvorhaben kommen hauptsächlich repräsentativen Projekten zugute und nutzen den letzten, übriggebliebenen Bewohnern im Altstadtbereich wenig. 27 Millionen Schilling nicht rückzahlbarer Bundesförderungsmittel haben Stingl, Edegger & Co einfach verschenkt! Mit den Förderungsansuchen

wurde so lange zugewartet, bis keine Mittel mehr vorhanden waren.

Die ALG fordert:

- Einrichtung einer Projektgruppe Stadterneuerung, die alle Agenden, wie Planung und Gebietsbetreuung, Wohnumfeldverbesserung u. -begrünung und die Errichtung von Wohnstraßen und Gewerbehöfen, durchführt.
- Verteilung der Stadterneuerungsmittel auf großflächige Erneuerungsprojekte mit Gebietsbetreuung.
- Flächendeckende Gebietsbetreuung im gesamten Grazer Stadtgebiet!

Die Region stärken statt ausverkaufen!

Die Stadt Graz hat im direkten Sinn wenig Einflußmöglichkeiten auf den Wirtschaftsablauf, der hauptsächlich von überregionalen und internationalen Einflüssen bestimmt wird.

Indirekt aber wirken sich die **stadtpolitischen (Fehl-)Entscheidungen** in den Bereichen Verkehr, Energie, Müllbeseitigung, Wohnungsbeschaffung, Stadterneuerung usw. nicht nur auf die Umwelt, sondern gerade auf die **kleinräumige Wirtschaftsstruktur fatal** aus.

In folgenden Bereichen z.B. bewirken die **Alternativvorschläge der ALG** wesentlich mehr **Arbeitsplätze** und eine **Stärkung der heimischen Betriebe** bei gleichem **Mittleinsatz**:

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Stadtbahn) statt Gürtelstraßen und Schloßberggarage bringt Geld und Arbeitsplätze für Simmering-Graz-Pauker und andere Betriebe.
- Wärmedämmung und Fernwärmeausbau bringen bei gleichem Investitionsaufwand ein Vielfaches an Arbeitsplätzen im Vergleich zu Kraftwerksneubauten.
- Stadterneuerung statt neuer Monsterwohnsiedlungen bringt Chancen für viele hiesige Kleinbetriebe im Baugewerbe.

In der Wirtschaftsförderung wird die veraltete Wirtschaftssicht von den regierenden Parteien SP, VP, FP ganz deutlich:

Gefördert wird nach dem **Gießkannenprinzip ohne klare Kriterien**. **SP-Vize-Edler hat bis heute die demokratische Erstellung eines Kriterienkataloges strikt abgelehnt**. In der Praxis bedeutet das die Förderung von Kastner & Öhler, Möbел-Lutz, ausländischen Firmen, die bloß Lagerhallen errichten und ähnliches mehr. Darüber hinaus werden die letzten städtischen Grundstücke stark verbilligt an die Unternehmer verschertelt oder verschenkt.

Die ALG will die Mittel der Wirtschaftsförderung nach folgenden, **gesamtwirtschaftlichen Kriterien** verteilen:

- Umweltschonende Produktionsverfahren
- Sinnhaftigkeit und Haltbarkeit, sowie problemlose Entsorgung der Produkte
- menschliche Bedingungen am Arbeitsplatz
- Mindestlohniveau in den betreffenden Betrieben
- Mindestanteil an Arbeitsplätzen für Jugendliche
- Mindestanteil von Frauen in den qualifizierten Beschäftigungsbereichen.

Arbeitsplätze statt Abfangjäger!

Graz soll neben Zeltweg als Stationierungsort für Abfangjäger erhalten und somit die Lärmbelastung sowie das Unfall- und das »Ernstfall«-Risiko tragen.

Die SPÖ will **schwedische**, die ÖVP **amerikanische** und die FPÖ **irgendwelche Abfangjäger**. Die ALG ist die **einzige Rathausfraktion, die gegen jede Art von Abfangjägern kämpft**, weil Graz keine sinnlosen lebensbedrohenden Kriegsgewehre braucht. Graz braucht Arbeitsplätze für sinnvolle Produkte — besonders in einer Zeit, in der es über 230.000 Arbeitslose gibt.

Das einzige, was Stingl & Edegger »erreicht« haben, ist die Drakenstationierung **nach** den Grazer Gemeinderatswahlen.

Auf Wieders(t)ehen nach der Drakenstationierung!



Solidarität und Gerechtigkeit statt Armut und Bettelprozedur!

Die Armut in Graz breitet sich rapid aus:

Hohe Arbeitslosenzahlen, über 5000 Wohnungssuchende, über 8000 Exekutionen und 2200 Stromabschaltungen, sowie ein 60%iger Anstieg bei Sozialhilfeansuchen im letzten Jahr und über 1000 Obdachlose und Deligierte sind beschämend.

Besonders betroffen: Frauen und Jugendliche, Mindestrentner und kinderreiche Familien.

Das vielgepriesene soziale Netz ist löchrig.

Wer in Not ist, fällt durch.

Sozialhilfe wird wie Almosen verteilt.

Stundenlanges Warten beim Sozialamt und mangelnde Informationsbereitschaft lassen den Antrag zur demütigenden Bettelprozedur werden.

Kaltblütig fordern SPÖ, ÖVP und FPÖ-Politiker den »kleinen Mann« auf, die Gürtel noch enger zu schnallen, um die Privilegien der Spitzenverdiener und die eigenen zu sichern.

Die ALG spricht sich entschieden gegen die weitere Demontage des Sozialstaates aus und fordert:

- Gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen durch sofortige Arbeitszeitverkürzung und öko-soziale Steuerreform,
- Gerechtes, einheitliches Versicherungssystem ohne Selbstbehalt;
- Anhebung der Mindestpensionen;
- Erhöhung der Sozialhilfe und gesetzliche Verankerung des Rechts auf soziale Dienste ohne Regress;
- Verbesserung der Information über Ansprüche auf Sozialleistungen; Anlaufstelle für Erstanträge;
- Rückkehr zur sozialen Wohnungspolitik durch die Stadt Graz;
- Vernetztes System dezentraler Übergangswohnheime und Wohngemeinschaften;
- Schrittweise Auflösung der Ghettos für Deligierte und Asylbewohner;
- Ausbau und Dezentralisierung der sozialen und gesundheitlichen Dienste;
- Förderung von Sozialinitiativen und Selbsthilfegruppen.



Am besten
auf den
Füssen!

Halbieren statt Einfrieren der Politikerbezüge!

Von der Bevölkerung wird Verzicht gefordert — die Politikerprivilegien werden aber auch durch Einfrieren... ungeschmälert beibehalten. (Einfrieren ist bekanntlich konservieren!)

Dazu wird die Bevölkerung noch über die wahre Höhe der Politikerbezüge belogen:Rechnet man die beiden fast steuerfreien Bezüge von 165.000,— (13.u.14.), die Parteiabgabe und den dafür erhaltenen Steuerausgleich zu den angegebenen Bezügen, dann ergibt das z.B. bei Bgm. Stingl ein durchschnittliches Monats-Nettoeinkommen von ca. 100.000,—. Also rund doppelt soviel, als Stingl selber immer wieder angibt.

Seit 5 Jahren nehmen die 4 ALG-Gemeinderäte/Innen nur die Hälfte ihrer Bezüge. Da die Stadt Graz die Annahme dieser Beträge verweigert (**nichts tut so weh wie ein gutes Beispiel!**) werden diese Mittel von einem unabhängigen Umweltschutzfonds für die Bevölkerung nutzbar gemacht.

Würden die anderen Parteien einer Halbierung zustimmen, könnten **150 Millionen pro GR-Periode** für Jugendarbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Deshalb gilt mehr denn je: **Die Hälfte reicht!!**

Politik von Frauen für Frauen!

Mit Alibifrauen und Forderungskatalogen bemühen sich auch die etablierten Parteien um ein »frauenfreundliches« Image — an den Schaltstellen aber sitzen Männer!

Frauen sind in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsinstanzen kaum vertreten.

Um aber ihre Lebenssituation zu ändern und ihre Interessen wirksam durchzusetzen, brauchen Frauen ihren Anteil an der politischen Macht!

Durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (einer Grundlage unseres Wirtschaftssystems) lebt der Großteil der Frauen noch immer in finanzieller und psychischer Abhängigkeit:

- Den Frauen wird die unbezahlte Erziehungs- u. Haushaltsarbeit zugewiesen. Diese Reproduktionsarbeit wird nicht als Arbeit im eigentlichen Sinne anerkannt.
- Weibliche Berufsarbeit wird schlechter bezahlt.
- Frauen werden, je nach wirtschaftlichen Erfordernissen als Manövriermasse benutzt. Sie sind daher von jeder Krise als erste betroffen.

Eine wirkliche Gleichstellung der Frau kann nur durch die gleichmäßige Verteilung von Erziehungs- und Hausarbeit sowie Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen erreicht werden.

Damit wir unserem Ziel, einer humaneren Gestaltung unserer Gesellschaft mit Existenzsicherung für jeden einzelnen Menschen und Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Modelle des Zusammenlebens, näher kommen, müssen in allen Bereichen und auf allen politischen Ebenen Ansätze zur Veränderung gefördert und unterstützt werden.

Auf kommunaler Ebene treten wir ein für:

- Förderung von kleinen, selbstverwalteten Betrieben, die von Frauen (oder vorwiegend von Frauen) geführt werden
- Wirtschaftsförderung, die neben Umwelt- und sozialpolitischen Gesichtspunkten auch die Anzahl an qualifizierten Frauenarbeitsplätzen berücksichtigt.
- Ein spezielles Frauenbeschäftigungsprogramm in Zusammenarbeit mit Land und Bund.

- Ein dichteres Netz an Kindergärten (kleine Gruppen) und verstärkte Förderung von Tagesmüttern.
- Fixe Zuwendungen aus dem ordentlichen Budget für Frauenberatungsstellen und Frauenhaus.
- Bereitstellung von Übergangswohnungen für Mütter mit Kindern.

Von den 56 Grazer Gemeinderäten/innen sind derzeit 11 Frauen. Daran wird sich auch nach der Wahl nicht viel ändern, denn SPÖ, ÖVP u. FPÖ halten nichts von einer Frauenparität unter den Kandidaten/innen an wählbarer Stelle.

Auf der ALG-Kandidatenliste gibt es 2/3 Frauen an den vorderen Listenplätzen!



Provokation statt Restauration!

Kultur wird bei der Engstirnigkeit unserer Politiker als der begrenzte Teilbereich »Kunst« betrachtet. So werden wir heute vom internationalen Ramsch einer Massenindustrie überrannt (Medien, Videos, Platten etc. aber auch einer »Baukultur«, wie das Beispiel Annenpassage zeigt).

Anstatt dieser Entwicklung in Graz bewußt entgegenzusteuern, wird gefördert, was der P.R. der Stadt förderlich ist, das Image und den Verkaufswert auf den Drehscheiben der Tourismusindustrie hebt.

Auf der Strecke bleiben dabei unsere kulturelle Identität, unsere eigenständigen Aussagen, aber auch alles, was der Nachwuchs an Neuem beitragen möchte. Kultur darf sich nicht länger auf den Gebrauchswert Kunst fixieren. Sie muß erneuernd, belebend und verändernd in allen Bereichen wirken. **Im Zentrum der Kulturpolitik muß die Entwicklung unserer kulturellen Eigenständigkeit in aller Vielfalt stehen.**

Dazu ist es für die ALG notwendig, folgende Weichen zu stellen:

- Freien Gruppen muß es möglich sein, bestehende Einrichtungen und Strukturen zu nutzen — von den Vereinigten Bühnen Graz begonnen bis zum Künstler- und Kulturhaus etc. ...
- Darüberhinaus braucht es Räume, die unbürokratisch genutzt werden können und frei zugänglich sind, wie das Haus der Jugend, freierwerdende Hauptschulen, Heime und Verwaltungsgebäude und Bezirkszentren, in denen Gruppen und Einzelpersonen arbeiten, sich weiterbilden und der Öffentlichkeit präsentieren können.
- Aufbau eines Programmes, das herausfordert, informiert, unterhält und den kulturellen Austausch über die Grenzen unseres Landes hinaus garantiert.
- Langfristige Absicherung dieser Kulturprogramme und Einrichtungen;
- Jährliche Wettbewerbe in den vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen sollen einzelnen Personen und Gruppen mehrjährige Stipendien sichern.
- Ähnlich dem Wohnprogramm für Studenten sollen Künstlern mehr Ateliers und Studios zur Verfügung gestellt werden.

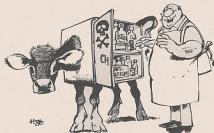
Tierrechte statt Tierversuche!

Bisher sind in der Ökologiebewegung Mensch und Bruder Baum im Vordergrund gestanden. Immer wichtiger wird das Einbeziehen der gesamten Tierwelt. Nicht nur die vom Aussterben bedrohten, sondern auch alle, die bei Tierversuchen gequält werden, in Massentierhaltungen, Pelztierzucht leidenden und in Käfigen dahin vegetierenden ...

Die ALG fordert:

- Tierquälende Massenhaltung ist endlich abzuschaffen; sofortige Einführung einer Deklarationspflicht für die Herkunft tierischer Produkte, auch wenn diese importiert werden.
- Artgerechte Tierhaltung: Herabsetzung der Bestandsobergrenze, kein unnötiger Antibiotikaeinsatz, Verbot von Anabolika und Tranquilizern.
- Generelles Verbot der Pelztierhaltung, z.B. Verbot der Nutriahaltung in Mariatrost.

- Strenge Auflagen und Kontrollen zur massiven Einschränkung v. Tierversuchen für medizinische Zwecke.
- Gänzlichliches Verbot von Tierversuchen für Kosmetika, Putzmittel und dergleichen!



„Schüler, lerne oder Bauchfleisch, was dauf's denn sein!“

Zum grünen Salat:

Wieder einmal wird es auf dem Stimmzettel eine breite Palette von obskuren Listen geben.

Offensichtlich haben nicht nur diverse »Einzelkämpfer« und Politikarrieristen die immer kurz vor den Wahlen auftauchen, sondern vor allem die etablierten Parteien ein Interesse daran, im grünen Lager Verwirrung zu stiften und eine effiziente Oppositionspolitik und demokratische Kontrolle im Gemeinderat zu verhindern.

Die ALG hat in den letzten 5 Jahren glaubwürdig die Umwelt- und Demokratieanliegen vertreten,

sodaß sich keine 2. Grün-Gruppe veranlaßt sah, aktiv zu werden. Wenn nun, Wochen vor den Wahlen solche Gruppen auftauchen, schaden sie nur der Grünen Bewegung (wie in Wien) und helfen den Altparteien, die mit ihrem Latein am Ende sind, aus der Verlegenheit.

Bei Erreichung eines Stadtsenatssitzes, den wir vor 5 Jahren nur knapp verfehlt haben, könnten wir unserer Rolle noch besser gerecht werden, da dieses Gremium derzeit geheim und abgekartet wie eine Loge tagt.

Und diese Kandidaten werden das Programm vertreten:



Von links nach rechts:

- Binder Sigrid, 1952, Lehrerin, Gaisbergweg 10, 8020
Kammerländer Doris, 1949, Soziologin, Schumannsgasse 23, 8010
Scheuchner Markus, 1950, AHS-Lehrer, Radolf List-Gasse 45, 8010
Rieger Loe, 1941, Hausfrau, St. Peter Hauptstraße 29 o/2, 8042
Kogler Werner, 1961, Student, Böhmelhofweg 6, 8044
Kainz Roswitha, 19... AHS-Lehrerin, Heinrichstraße 35, 8010
Seifher-Bartsch Karin, 1953, Systemanalytikerin, Brodmannsgasse 18, 8010
Bader Alexandra, 1963, Studentin, Hühmeichstraße 13, 8010
Monogloudis Wilfriede, 1943, Hausfrau, Baternstraße 54, 8020
Schindelbacher Horst, 1933, Bautechniker, Pazosamagasse 123, 8010
Windisch Irene, 1948, Hausfrau, Hilmteichstraße 119, 8043
Hochegger Martin, 1954, Religionslehrer, Jakoministr. 15, 8010

Farbe bekennen!

ALG

LISTE 5